

# Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

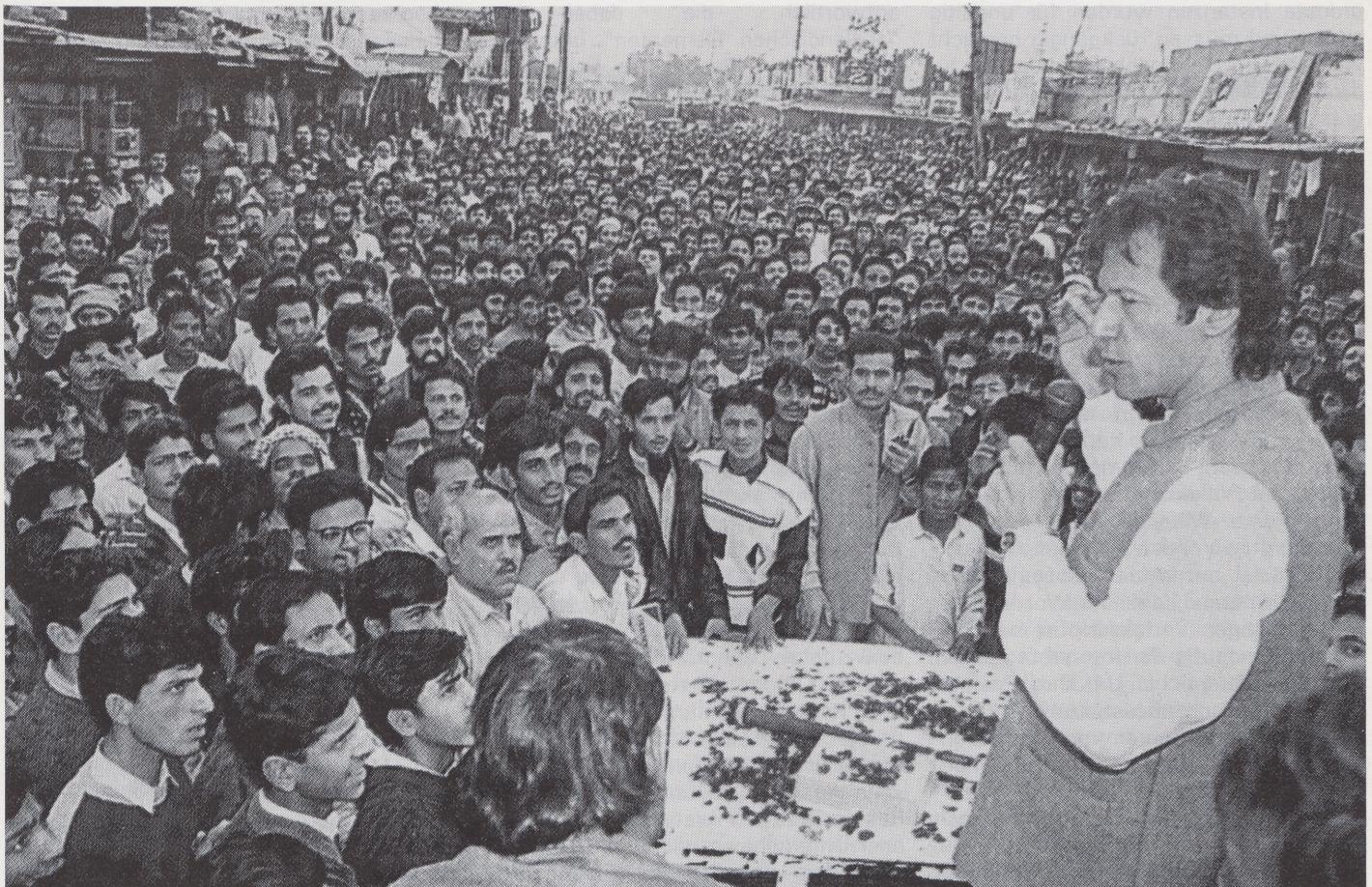
## Cricket-Star Imran Khan wechselt in die Politik

Begleitet von medienwirksamen heftigen Attacken gegen Premierministerin Benazir Bhutto und ihre PPP hat der in der Bevölkerung äußerst populäre Ex-Cricket-Held Imran Khan, der 1992 Pakistan als Kapitän der Nationalmannschaft zum Weltmeistertitel führte, nach monatelangen Spekulationen seine politischen Ambitionen bestätigt. Vor der versammelten Presse des Landes kündigte der 43jährige Ende April in seiner Heimatstadt Lahore die Gründung einer eigenen politischen Bewegung an, die den Namen 'Tehreek-e-Insaf' (Bewegung für Gerechtigkeit) tragen soll. Allein aufgrund der Beliebtheit des Gründers, der wegen seines karitativen Engagements bei den von Regierung und Opposition gleichermaßen enttäuschten Wählermassen den Ruf eines unbestechlichen Saubermanns genießt, trauen viele Beobachter dieser neuen politischen Kraft, die vorerst noch nicht

den Status einer Partei haben soll, schon beim nächsten nationalen Urnengang in voraussichtlich rund zweieinhalb Jahren einen Achtungserfolg zu. Programmatisch dürfte sich die ganz auf die Person des charismatischen Populisten zugeschnittene Bewegung im ideologischen Kielwasser des konservativ-islamistischen Parteienspektrums bewegen, wie diverse demokratiefeindliche, anti-westliche und emanzipationskritische Äußerungen vermuten lassen.

Überschattet wurde der Start Imran Khans in die Politik durch einen blutigen Bombenanschlag auf eine von ihm gegründete Kinderkrebeklinik in Lahore, wobei am 14. April sieben Patienten starben und 32 weitere verletzt wurden. Die sofort eingeleitete Fahndung nach den Tätern blieb bislang ohne Ergebnis. In ersten Reaktionen nach dem Attentat interpretierte Khan den Anschlag als "Einschüchterungsversuch", um ihn vom Einstieg in die Politik abzuhalten, wobei er allerdings konkrete Schuldzuweisungen gegenüber der Bhutto-Regie-

rung vermied. Vor dem Bombenanschlag hatte Khan jedoch der Regierung öffentlich vorgeworfen, sie wolle sein Krankenhaus "zerstören", weil sie in ihm eine politische Bedrohung sehe. Tatsächlich galten die Beziehungen des Cricket-Champions zur Regierung schon seit langem als sehr gespannt, da sich Khan wiederholt mit scharfen verbalen Ausfällen gegen die "korrupte und inkompetente Elite" hervorgetan und damit als möglicher Rivale Benazir Bhuttos ins Gespräch gebracht hatte. Im Gegenzug durfte Khan im staatlichen Fernsehen weder Spendenaufrufe für sein Krebskrankenhaus senden, noch bei den Cricket-Weltmeisterschaften im März Spiele seiner Mannschaft kommentieren. Obendrein wurde seinem Krankenhaus ein jährlicher staatlicher Zuschuß in Höhe von fünf Millionen Rupien gestrichen. Als Prinzessin Diana Ende Februar das Krankenhaus besuchte, um für die finanzielle Unterstützung des Projekts zu werben, wurde ihr von der Bhutto-Regierung vorgeworfen, die poli-



Imran Khan: Neuer Stern am politischen Himmel? (Foto: 'Herald', Karachi)

tischen Ambitionen Imran Khans zu unterstützen. Schon im Vorfeld der königlichen Visite war es zum Skandal gekommen, da Prinzessin Diana die Einladung der pakistanischen Regierung, als Staatsgast behandelt zu werden, abgelehnt hatte. Weitergehende Spekulationen löste in diesem Zusammenhang der Umstand aus, daß Imran Khan seit vergangener Sommer mit Jemima Goldsmith, der 22jährigen Tochter des britischen Multimillionärs und Politikers Jimmy Goldsmith, verheiratet ist, die als Freundin der Prinzessin gilt.

### Machtkampf zwischen Judikative und Exekutive

Mit einem spektakulären Grundsatzurteil hat sich der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) in Islamabad gegen die zunehmenden Eingriffe der Regierung in die Autonomie der hohen Gerichtsbarkeit des Landes zur Wehr gesetzt. Gleich ein ganzes Bündel von üblichen Praktiken der Bhutto-Administration bei der personellen Besetzung der obersten Gerichte auf Provinzebene (High Courts) und des Bundesverfassungsgerichtes (Supreme Court) wurden als Verstöße gegen Verfassungsbestimmungen gebrandmarkt. Zahlreiche politisch motivierte Berufungen an diese Gerichtshöfe und die sich häufenden Zwangsversetzungen mißliebiger Richter an untergeordnete Instanzen wurden für ungültig erklärt und müssen rückgängig gemacht werden. Um die Unabhängigkeit der Judikative vor der mißbräuchlichen, aggressiven Personalpolitik der Regierung zu retten, muß der Präsident bei der Ernennung neuer Richter in Zukunft den Konsens mit dem jeweiligen Gerichtsvorsitzenden suchen. Faktisch wird damit letzterem bei Personalentscheidungen ein Vetorecht zugesprochen. Bei der Neuberufung Vorsitzender Richter bestätigte der Supreme Court das in Pakistan traditionell geltende Senioritätsprinzip, das die Regierung der 'Pakistan Peoples Party' (PPP) in mehreren Fällen außer Acht gelassen hatte. In Zukunft rückt nach dem Willen der Verfassungsrichter bei Vakanzen automatisch das dienstälteste Mitglied der jeweiligen Kammer zum Vorsitzenden auf.

Brisant ist am Urteil des Gerichtshofes der Umstand, daß der Wortlaut der derzeit gültigen Verfassung in manchen Punkten eindeutig der Interpretation der Richter widerspricht. Um ihre Position dennoch juristisch abzustützen, erklärten die Verfassungsrichter mehrere nachträglich unter Diktator Zia-ul Haq eingefügte Verfassungsergänzungen kurzerhand für ungültig. Damit könnten nach Einschätzung von Beobachtern schon bald weitere zentrale Bestimmungen der Verfassung zur Disposition stehen, die

ebenfalls zum juristischen Erbe der Militärdiktatur gehören. Daß ausgerechnet die Regierung von Benazir Bhutto, die sich im noch laufenden Konflikt auf die einst erbittert bekämpften Ermächtigungsgesetze des verhassten Diktators beruft, sich mit aller Kraft gegen eine solche Entwicklung stemmt, gehört zu den besonderen Ironien der pakistanischen Geschichte.

### 37 Tote bei Terroranschlag im Punjab

Bei einem offenbar politisch motivierten Bombenanschlag auf einen vollbesetzten Bus sind am 28. April in der Provinz Punjab 37 Menschen getötet und 35 weitere verletzt worden. Das Unglücksfahrzeug war von Lahore aus in Richtung Pattoki unterwegs, als der im Tank versteckte Sprengsatz in der Ortschaft Phool Nagar explodierte. Viele der Opfer verbrannten bis zur Unkenntlichkeit. Der amtlichen Nachrichtenagentur APP zufolge konnten Experten vor Ort eine zweite Bombe entschärfen. Zu dem Anschlag bekannte sich zunächst niemand. Premierministerin Benazir Bhutto, die ihren Urlaub unterbrach und Verletzte des Anschlags im Krankenhaus besuchte, verurteilte in über die staatlichen Medien verbreiteten Stellungnahmen die Tat und machte nicht näher bezeichnete Terroristen dafür verantwortlich, die dabei von "ausländischen Elementen" unterstützt worden seien. Beobachter werteten die Äußerungen der Politikerin als versteckte Schuldzuweisung an die Adresse Indiens.

### Weltbank sagt 2,4 Milliarden Dollar zu

Nach zweitägigen Beratungen der Pakistan-Geberländer in Paris gab die Weltbank am 23. April bekannt, daß Pakistan im nächsten Jahr mit ausländischen Finanzhilfen in Höhe von 2,4 Milliarden Dollar rechnen kann. Dies entspricht der von der pakistanischen Regierung beantragten Summe. Die Weltbank drohte allerdings eine Kürzung der Zuschüsse an, falls die von den Geberländern verlangten Wirtschaftsreformen nicht im vorgesehenen Tempo durchgeführt werden. Entsprechend wurde die Regierung in Islamabad offiziellen Angaben zufolge nachdrücklich aufgefordert, das im Oktober letzten Jahres gestartete Reformprogramm weiter voranzutreiben. Ganz oben auf der Wunschliste der Weltbank stehen demnach drastische Ausgabenkürzungen, vor allem im Rüstungsetat, Privatisierungen staatlicher Unternehmen und eine breitere Besteuerung, um die Staatsverschuldung zu verringern.

Die pakistanische Regierungsdelegation habe bereits zugesagt, die Ausgaben zu überprüfen, halte aber Streichungen bei den Verteidigungsausgaben erst für möglich, wenn sich die Sicherheitslage ändere, hieß es aus Weltbankkreisen.

### Siemens baut Kraftwerk im Punjab

Der Siemens-Konzern hat den Zuschlag für den Bau eines 412-Megawatt-Wärmeleistungskraftwerks erhalten, das rund 160 Kilometer südwestlich der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore am Unterlauf des Indusnebenflusses Ravi entstehen soll. Der Auftragswert beläuft sich nach Informationen eines Unternehmenssprechers auf 500 Millionen Mark. Entsprechende Finanzierungsverträge für das private Bauprojekt wurden am 1. April von den beteiligten Investoren unterzeichnet. Die mit Schweröl befeuerte Gas- und Dampfturbinen-Anlage, die Mitte 1998 ans Netz gehen soll, ist bereits das dritte Kraftwerk dieser Art, das Siemens in Pakistan errichtet.

### Kooperationsvereinbarungen mit Kasachstan unterzeichnet

Pakistan und Kasachstan haben nach Angaben des pakistanischen Außenministeriums anlässlich des Besuchs einer hochrangigen kasachischen Regierungsdelegation in Islamabad mehrere Vereinbarungen unterzeichnet, die als Grundlage für eine verbesserte Zusammenarbeit beider Länder dienen sollen. Damit ist offenbar vor allem der Ausbau der bisher kaum entwickelten bilateralen Handelsbeziehungen gemeint, wie ein Blick auf die Liste der diversen Projekte und Vorhaben zeigt. Abgesehen von einem pakistanischen Kredit in Höhe von knapp 52 Millionen US-Dollar, der für die Lieferung pakistanischer Zementfabriken an Kasachstan vorgesehen ist, handelt es sich jedoch dabei ausschließlich um unverbindliche Absichtserklärungen und um eher symbolische Maßnahmen wie den Austausch von Handels- und Industriedelegationen oder die Etablierung bilateraler Ausschüsse in den jeweiligen Industrie- und Handelskammern.

### ai: Polizei begeht Menschenrechtsverletzungen

Folter, Vergewaltigungen und Todesfälle in Polizeigewahrsam sind in Pakistan nach Darstellung der Menschenrechtsorganisation 'amnesty' international (ai) weiterhin an der Tagesordnung. "Wir sind zutiefst betroffen, wie selbstgefällig Minister dieses Landes eingeräumt haben, daß in Pakistan gefoltert

wird", zog ein Mitglied einer ai-Delegation am 23. Mai in Islamabad gegenüber Pressevertretern nach Gesprächen mit Regierungsvertretern und Parlamentsabgeordneten Bilanz. Die Menschenrechtsorganisation legte den Ministern eine Dokumentation über 127 Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren und Todesfällen bei Polizeivernehmungen seit 1995 vor. Es gebe keine Anzeichen dafür, daß die pakistanische Regierung diese Menschenrechtsverletzungen verfolgen wolle, kommentierten die amnesty-Mitarbeiter die Reaktionen ihrer Gesprächspartner. Außerdem würden noch immer Menschen aufgrund der friedlichen Ausübung ihrer Religion hinter Gitter gebracht. Weiter zeigten sich die ai-Aktivistinnen darüber enttäuscht, daß Regierung und Opposition die Todesstrafe offen unterstützten.

### 111 Tote bei Lawinenglücken in Kashmir

Im von Pakistan kontrollierten Bergland der autonomen Region "Azad Kashmir" (freies Kashmir) sind in diesem Frühjahr durch Erdbeben und Gerölllawinen mindestens 111 Menschen getötet und mehrere Dutzend weitere verletzt worden. In den betroffenen Ortschaften wurden zahlreiche Häuser und eine Moschee unter den Gesteinsmassen begraben und zerstört. Nach paki-

stanischen Medienberichten ereigneten sich alle Unglücke im Neelam-Tal, das über weite Strecken parallel zur indisch-pakistanischen Waffenstillstandslinie verläuft. Sprecher der Behörden machten das Einsetzen der Schneeschmelze und heftige Regenfälle in der Region für die Katastrophenserie verantwortlich.

### Deutscher Tourist entkommt Geiselnern

Einem am 10. April in der Südwestprovinz Balutschistan von unbekanntem Kidnappern entführten Abenteuer touristen aus Deutschland ist nach über dreiwöchiger Gefangenschaft die Flucht gelungen. Nach Informationen des deutschen Generalkonsulats in Karachi befand sich der aus Schwäbisch Hall stammende 56jährige zusammen mit einem Landsmann auf einer Radtour durch das dünnbesiedelte und touristisch nicht erschlossene Wüstengebiet, als er von drei bewaffneten Männern verschleppt wurde. Schließlich sei es ihm gelungen, seinen Entführern zu entkommen und sich in die Provinzhauptstadt Quetta durchzuschlagen, hieß es. Seine Wertsachen habe er allerdings eingebüßt. In offenbar guter körperlicher Verfassung konnte das Opfer am 9. Mai via Karachi nach Deutschland zurückfliegen.

### First International Drama Festival Pakistan 1996

An dem gut organisierten Festival haben 24 Theatergruppen aus zehn Ländern teilgenommen. Weiterhin waren die Arbeiten fünf bildender Künstler und eines Theaterfotografen in einem Museum auf dem Theatergelände ausgestellt. Als Begleitprogramm für die Festivalteilnehmer wurden täglich Theaterworkshops angeboten, die dem künstlerischen Austausch gewidmet waren. Deutschland war auf dem Festival neben dem 'Euro Theater Central Bonn' noch durch die Uckermarkischen Bühnen Schwedt und durch das 'Gripstheater' aus Berlin vertreten. Besucht wurde das Festival weitgehend von Pakistani, gespielt wurde in der jeweiligen Landessprache oder, mit Rücksicht auf das Gastgeberland, auf Englisch. Das zweite Festival dieser Art soll bereits im November 1997 stattfinden. Es wäre den Veranstaltern sehr dienlich, wenn die Regierungen der am Festival beteiligten Gastländer sowie internationale Medien und Kulturinstitute mit offiziellen Schreiben an die pakistanische Regierung auf das erste Festival reagieren und damit ihr Interesse an einer Fortsetzung dieses Kulturaustausches bekunden würden.

## Kinderarbeit: Gewerkschaftsverband fordert EU-Sanktionen

von Jorge Scholz

Die 'Internationale Konföderation freier Gewerkschaften' (ICFTU) hat im letzten Monat wiederholt von der Europäischen Union (EU) verlangt, Pakistan aus dem "Allgemeinen Präferenzhandelsystem" (GSP) auszuschließen. Mit dieser Strafmaßnahme soll nach den Vorstellungen der Gewerkschafter eine Eindämmung der Kinderarbeit in Pakistan, vor allem in der Teppichindustrie, erzwungen werden (siehe dazu auch 'Südasiens', 2-3/96). Hintergrund: Seit Jahresbeginn gültige GSP-Bestimmungen sehen vor, daß die EU Handelskonzessionen rückgängig machen kann, wenn ein Land mit Zwangsarbeit operiert.

Die ICFTU wirft Pakistan vor, die Einhaltung von 1991 und 1992 verabschiedeten Gesetzen, die Kinderarbeit bzw. Schuldknechtschaft verbieten, nicht durchzusetzen. Der Gewerkschaftsverband fühlt sich in seiner Einschätzung durch den jüngsten Pakistan-Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation der

UN (ILO) in seiner Einschätzung bestätigt, in dem es heißt, das Land habe Schuldknechtschaft und Kinderarbeit noch nicht in den Griff bekommen. Die USA beschlossen deshalb vor kurzem, die GSP-Nutzung Pakistans auszusetzen.

ICFTU hatte den Ausschluß aus dem Präferenzhandelsystem bereits im letzten Sommer auf die Brüsseler Tagesordnung gebracht, doch die EU konnte sich damals nicht auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Pakistan einigen. Frankreich, Belgien und fünf weitere Länder befürworteten damals eine sofortige Überprüfung der Vorwürfe, während sich acht Staaten, darunter Deutschland und England, dagegen aussprachen. Seit Anfang Mai beschäftigt sich nun die EU erneut mit dem Thema. In diesem Zusammenhang wird auch an einer Stellungnahme der EU zu einer generellen "Sozialklausel" gefeilt, die es der Welthandelsorganisation (WTO) ermöglichen könnte, Handelskonditionen

an die im jeweiligen Land herrschenden Arbeitsbedingungen zu koppeln. Die Ergebnisse der laufenden Beratungen lagen zum Redaktionsschluß noch nicht vor.

Wie viele Entwicklungsländer befürchtet Pakistan jetzt, daß die Industrieländer es mit dieser Regelung vom Markt drängen wollen. Der pakistanische EU-Botschafter Riaz Mohammad Khan zeigte zwar gegenüber der Presse Verständnis dafür, daß die Industriestaaten gegen unlauteren Wettbewerb vorgehen; eine Sozialklausel lehnt der Diplomat jedoch als völlig ungeeignetes Instrument kategorisch ab.

Auch die ILO gibt zu bedenken, daß die durch Strafmaßnahmen wie Handelsanktionen erzwungenen Entlassungen von Kindern für die Betroffenen den Verlust existenziell wichtiger Einkommen bedeuteten, was die Lebensbedingungen dieser Kinder und ihrer Familien noch weiter verschlechtern könnte. Stattdessen schlägt die ILO im Kampf